

Presseartikel

Europe and its external challenges – a 360° approach in uncertain times

26. und 27. November 2019

Vienna House Andel's Berlin

BSC • Berlin Security Conference
Congress on European Security and Defence

Brexit und die militärischen Folgen

Auswirkungen auf die europäische Sicherheit

(BSC) Der Brexit-Zeitpunkt rückt scheinbar unaufhaltsam näher. Welche sicherheits- und rüstungspolitischen Auswirkungen wird das wahrscheinliche Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) haben? Wird das Vereinigte Königreich bei der Verteidigung stärker auf die Vereinigten Staaten setzen? Ist dann – im übertragenen Sinne – der Ärmelkanal wieder breiter als der Nordatlantik?

Innerhalb der NATO scheinen die Bedenken geringer auszufallen als innerhalb der Union. So wird im Hauptquartier der Atlantischen Allianz in Brüssel sogar mit einem gesteigerten Engagement der Briten gerechnet, um die militärische Schwächung der EU wenigstens ansatzweise auszugleichen. In jedem Fall werde die Bedeutung der NATO durch den Brexit zunehmen, so Dr. Fritz Felgentreu, Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuss des Bundestages, gegenüber dem Behörden Spiegel.

Seit ihrer Gründung gilt innerhalb der NATO die „special relationship“ zwischen Großbritannien und den USA als ein wesentlicher Grundpfeiler der Allianz. Der Brexit erzeuge jedoch eine noch größere Abhängigkeit des Vereinigten Königreichs von den Vereinigten Staaten, so der SPD-Verteidigungsexperte. Dessen ungeachtet denkt man in London laut über mehr militärische Präsenz in Übersee nach. So ist beispielsweise von einem eigenen Stützpunkt in Südostasien, eventuell in Singapur, die Rede.

Durchwachsene Bilanz

Bei militärischen Vorhaben der EU hat Großbritannien in der Vergangenheit häufig auf der „Bremse“ gestanden. Die verschiedenen Regierungen in London warnten dabei stets vor Doppelstrukturen im Vergleich zur NATO. Dies hat sich zum Beispiel im Zusammenhang mit dem europäischen Hauptquartier für Auslandseinsätze gezeigt, das im Frühjahr 2017 in Brüssel eingerichtet worden ist: Es durfte nämlich nicht „Hauptquartier“ heißen. Offiziell trägt diese Einrichtung die Bezeichnung „Militärische Planungs- und Führungsfähigkeit“ (engl. abgekürzt MPCC). Die Briten witterten eine Art „Konkurrenzveranstaltung“ zur NATO und legten sich deshalb quer. General Charles de Gaulle wusste, warum er sich während seiner Amtszeit als französischer Präsident der Fünften Republik mit aller Macht gegen einen EWG-Beitritt Großbritanniens gestemmt hatte. Jetzt sähe er sich bestätigt in seinen Vorbehalten.

Umgekehrt wird die „European Union Naval Force (EU NAVFOR) – Somalia“/Operation „Atalanta“ künftig nicht mehr, wie bisher, vom „Operational Headquarters“ in Northwood nördlich von London geführt werden können. Dort ist nämlich, neben britischen und NATO-Einrichtungen, das Multinationale Kommando der Europäischen Union für Militäroperationen untergebracht. Aktuell ist dieses Multinationale Hauptquartier – noch – mit EU-Personal besetzt, das der Schifffahrt als Ansprechpartner bei der Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika und im Golf von Aden dient. „Operation Commander“ ist bis jetzt jeweils ein britischer Konteradmiral oder Generalmajor gewesen.

Umgekehrt wird der Vertreter Großbritanniens den Militärausschuss der EU (engl. EUMC) räumen müssen. Der EUMC besteht aus den Generalstabschefs der EU-Mitgliedsländer, vertreten durch ihre militärischen Repräsentanten, die zumeist in Personalunion bei der EU und der NATO ihr Land vertreten. Der Ausschuss ist ein Beratungsorgan der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, sowie des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK). Im PSK treffen sich einmal im Monat hochrangige Beamte der Außenministerien oder der Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten in Brüssel.

„Sturm“ über dem Rüstungsmarkt?

Bei militärischen Vorhaben der EU hat Großbritannien in der Vergangenheit häufig auf der „Bremse“ gestanden. Die verschiedenen Regierungen in London warnten dabei stets vor Doppelstrukturen im Vergleich zur NATO. Dies hat sich zum Beispiel im Zusammenhang mit dem europäischen Hauptquartier für Auslandseinsätze gezeigt, das im Frühjahr 2017 in Brüssel eingerichtet worden ist: Es durfte nämlich nicht „Hauptquartier“ heißen. Offiziell trägt diese Einrichtung die Bezeichnung „Militärische Planungs- und Führungsfähigkeit“ (engl. abgekürzt MPCC). Die Briten witterten eine Art „Konkurrenzveranstaltung“ zur NATO und legten sich deshalb quer. General Charles de Gaulle wusste, warum er sich während seiner Amtszeit als französischer Präsident der Fünften Republik mit aller Macht gegen einen EWG-Beitritt Großbritanniens gestemmt hatte. Jetzt sähe er sich bestätigt in seinen Vorbehalten.

Umgekehrt wird die „European Union Naval Force (EU NAVFOR) – Somalia“/Operation „Atalanta“ künftig nicht mehr, wie bisher, vom „Operational Headquarters“ in Northwood nördlich von London geführt werden können. Dort ist nämlich, neben britischen und NATO-Einrichtungen, das Multinationale Kommando der Europäischen Union für Militäroperationen untergebracht. Aktuell ist dieses Multinationale Hauptquartier – noch – mit EU-Personal besetzt, das der Schifffahrt als Ansprechpartner bei der Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika und im Golf von Aden dient. „Operation Commander“ ist bis jetzt jeweils ein britischer Konteradmiral oder Generalmajor gewesen.

Einen Vorgeschmack auf das, was der europäischen Rüstungspolitik nach einem vollzogenen Brexit blüht, bekam die Union im vergangenen Juli bei der Luftfahrtmesse in Farnborough südwestlich der britischen Hauptstadt: Zur allgemeinen Überraschung stellte der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson das Flugzeug-Programm „Tempest“ (Sturm) vor, mit dem das Vereinigte Königreich ein eigenes Kampfflugzeug der sechsten Generation als Nachfolger für den Eurofighter „Typhoon“ realisieren möchte.

Dr. Felgentreu sieht in dem britischen Vorhaben eine „nachdrückliche Bitte um Einladung“ zum europäischen FCAS-Vorhaben (Future Combat Air System), das die deutschen Eurofighter und die französischen „Rafale“ ersetzen soll. Für Dr. Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied im Haushaltsausschuss und Obmann seiner Fraktion im Verteidigungsausschuss, sei der europäische Kampfflugzeug-Markt ohnehin „so eng, dass ein komplexes und teures Entwicklungsvorhaben nur Sinn macht, wenn möglichst alle Akteure sich zusammentun.“

Die Regierung in London plant gleichwohl nach eigenem Bekunden bis 2025 eine Anschubfinanzierung von zwei Milliarden Pfund für ihr ambitioniertes Flugzeug-Programm ein, ohne allerdings eine Schätzung der Gesamtkosten zu nennen. Ab etwa 2035 würden die ersten Maschinen ausgeliefert. Nach Angaben der Royal Air Force soll die „Tempest“ nicht die Beschaffung von 138 F-35 „Lightning II“ tangieren, die vom US-Hersteller Lockheed Martin, dem größten Rüstungskonzern der Welt, in Partnerschaft mit BAE Systems produziert werden.

Die „Tempest“ soll von einem Konsortium entwickelt und gebaut werden, das aus den britischen Unternehmen BAE Systems (als Hauptauftragnehmer) und Rolls-Royce (für die Triebwerke), dem italienischen Luftfahrtkonzern Leonardo sowie dem europäischen Raketenbauer MBDA besteht. BAE Systems ist mit einem Jahresumsatz von umgerechnet rund 22 Milliarden Euro der größte Rüstungskonzern Europas.

Fazit

Nach Sophia Besch, Wissenschaftlerin am Londoner Centre for European Reform, sei das „Galileo“-Projekt symptomatisch für die Brexit-Problematik: Bei diesem Zehn-Milliarden-Euro-Vorhaben eines eigenen europäischen Satellitensystems für weltweite Navigation – um sich unabhängig vom amerikanischen GPS zu machen – soll ein kryptierter Bestandteil den Regierungen und Streitkräften der EU vorbehalten bleiben. Deshalb plane das Vereinigte Königreich ein eigenes satelliten-gestütztes Navigationssystem, eventuell in Zusammenarbeit mit Japan oder Australien, dessen Kosten auf mindestens drei bis fünf Milliarden Pfund geschätzt würden.

In jedem Fall dürfte der Brexit sowohl das Vereinigte Königreich als auch die Europäische Union im wahrsten Sinne des Wortes „teuer“ zu stehen kommen. Dr. Reinhard Brandl (CSU), Mitglied im Haushalts- und im Verteidigungsausschuss des Bundestages, erklärte in diesem Zusammenhang gegenüber dem Behörden Spiegel: „Wir sind weiter an enger sicherheitspolitischer Partnerschaft mit Großbritannien interessiert. Wie die Zusammenarbeit dann im Einzelnen aussehen wird, zum Beispiel bei europäischen Rüstungsprojekten oder bei EU-Militärmissionen, muss noch verhandelt werden.“ Dass das Vereinigte Königreich auch nach einem wie auch immer gearteten EU-Austritt eng mit den traditionellen europäischen Partnerstaaten verbunden bliebe, davon zeigt sich Alexander Müller (FDP), Obmann seiner Fraktion im Verteidigungsausschuss, überzeugt.

Im Gespräch sind verschiedene Kooperationsmodelle: Da ist von „Beobachterstatus“ in den einschlägigen EU-Gremien die Rede. Weitergehend ist die Vorstellung von eine „privilegierten Sicherheitspartnerschaft“, wie es sie zum Beispiel mit Norwegen und der Türkei gibt, die beide Mitglied der NATO, nicht aber der EU sind. Auch EU-Beitrittskandidaten wie Albanien und Montenegro, die bereits der Atlantischen Allianz angehören, dürften den Brexit-Prozess genau studieren. Eins fällt bei der Beobachtung der Trennungsverhandlungen zwischen Großbritannien und der EU ohnehin auf: die Sicherheits- und Verteidigungspolitik spielt dabei allem Anschein nach nur eine untergeordnete Rolle.

Dr. Gerd Portugall